

vom Deutschen Veranstaltungsdienst rund 100 000 DM zu erhalten, denen sich für 1952 schon wieder erhebliche Summen anschließen. Diese sind trotz starker Bemühungen bisher noch nicht den obigen Instituten zur Verfügung gestellt worden. Wir bitten das Ministerium der Finanzen festzustellen, wer für diese verzögerte Abführung der Gelder an diese Institute die Verantwortung zu tragen hat, damit diese selbst in die Lage versetzt werden, ihre Pläne finanziell gesichert durchzuführen.

Zu der Aufstellung des Haushaltsplanes haben wir mit einiger Überraschung von der Mitteilung des Herrn Ministers Adam Kenntnis genommen, daß noch im Monat März eine wiederholte Um- und Neuaufstellung der Haushaltspläne für das Land, die Kreise und die Gemeinden des Jahres 1952 auf Anweisung des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik vorgenommen werden mußte, womit die aufgezeigten betrüblichen Begleiterscheinungen zu erklären sind.

Auch wir sind der Auffassung, daß eine solche Verzögerung in der Aufstellung der Haushaltspläne für das Jahr 1953 nicht wieder vorkommen darf, da sonst damit zweifellos Hemmungen im Ablauf der Verwaltungstätigkeit und der Produktion verbunden sind.

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik hätte sich rechtzeitig schon vor Beginn des Haushaltsjahres 1952 darüber klar werden müssen, daß eine gewisse Verschiebung tragender Aufgaben von den Ländern auf die Kreise und Gemeinden beabsichtigt war; und es ist um so bedauerlicher, daß es sich hauptsächlich um Gebiete der Volksbildung und des Gesundheitswesens handelt. Wir haben auch noch einige Ergänzungen zu den Einzelplänen des vorliegenden Haushalts zu geben.

Wir begrüßen besonders, daß im Haushaltsplan Land- und Forstwirtschaft jetzt auch ein angemessener Betrag für Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Wildschäden eingesetzt worden ist, womit zweifellos berechtigten Wünschen der werktätigen Bauern entsprochen wird.

Wenn auch im Haushaltsplan für 1952 der für die Kartoffelkäferbekämpfung vorgesehene Betrag gegenüber 1951 eine Ermäßigung erfahren hat, so bedeutet das nicht, daß diese wichtige Aufgabe für die Sicherung der Ernährung nicht auch weiterhin mit aller Energie durchgeführt wird, wobei erleichternd wirkt, daß schon im vorigen Jahre eine gewisse große Vorratshaltung der benötigten Giftstoffe gesichert worden ist.

Wir möchten darauf hinweisen, daß uns die vorgesehenen Mittel für die Landschaftsgestaltung nicht ausreichend erscheinen, besonders im Hinblick auf die Bepflanzung der Halden und das Pappel-Anpflanzungsprogramm sowie die Pflege der schon durchgeführten Pflanzungen; denn eine sachgemäße Landschaftspflege trägt zu einer Ertragssteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei.

Auch der vorgesehene Zuschuß für die Förderung der Bienenzucht in Höhe von 5000 DM ist sehr niedrig, denn durch die Vermehrung der Bienenvölker wird eine Erhöhung der Rapsernte als eines wichtigen Anteils in unserer Fettversorgung und der Obsternte erreicht. Wir möchten deshalb bitten, daß die Landesregierung dieser bedeutsamen Aufgabe erhöhte Aufmerksamkeit widmet.

Mit besonderer Genugtuung haben wir aus den Ausführungen des Herrn Ministers entnommen, daß gerade für die Förderung und Durchführung der Aufgaben des Gesundheitswesens auch in diesem Jahr wieder weiter erhöhte Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb erwarten wir von dem Ministerium für Gesundheitswesen, daß nicht wie im vergangenen Jahr planmäßig vorgesehene Mittel nicht zur Realisierung gebracht werden, sondern daß alles getan wird, um den seitens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gesetzten Zielen im vollen Umfange zu entsprechen.

Als Schwerpunkt in der Durchführung dieses Programms für das Gesundheitswesen empfehlen wir, der weiteren Heranbildung von Ärzten und Hilfspersonal besondere Beachtung zu widmen.

Die für das Volksbildungsministerium bereitgestellten erheblich erhöhten Mittel schaffen die Voraussetzungen für eine weitere Hebung des kulturellen Standes und die Vertiefung und Verbreitung unseres Bildungsgutes.

Die sorbische Bevölkerung wird mit Genugtuung feststellen, daß ihren berechtigten kulturellen Belangen auch hierbei weitestgehend stattgegeben wird.

Mit der Einrichtung der Verwaltung für Kunstangelegenheiten ist die Gewähr gegeben, daß jetzt in der Zusammenfassung aller Gebiete der Kunst eine Neugestaltung der Kunst unter Anlehnung an das alte Kulturgut als gesichert anzusehen ist.

Wir begrüßen, daß für diese hohe kulturelle Aufgabe Mittel im genügenden Umfange in den Plan aufgenommen worden sind.

Wenn auch im Laufe der letzten Jahre mit der Verbesserung des Straßenwesens angesichts der Auswirkungen des Krieges viel geschehen ist, so möchten wir aber doch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß gerade der Erneuerung der Straßendecken und Fußsteige, und zwar nicht nur der Straßen erster Ordnung, sondern auch der Nebenstraßen in den Städten, Kreisen und Gemeinden besonderes Augenmerk zuzuwenden ist.

Es muß leider immer wieder festgestellt werden, daß diese Straßenbauarbeiten nicht mit der genügenden Sorgfalt und oft mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt werden. Eine gründlichere Erneuerung bedeutet zu Buchschlagende Ersparnisse im Straßenbauwesen im Laufe der nächsten Jahre.

Es scheint uns auch notwendig zu sein, auf den § 9, Abs. 6 des Staatshaushaltsplanes 1952 hinzuweisen, in dem klar und deutlich umrissen wird, was echte Einsparungen sind und welchen Zwecken diese echten Einsparungen zuzuführen sind. Hierbei wird jetzt den Kreisen und Gemeinden eine erhöhte Verpflichtung und Verantwortung auferlegt, denn nach dem § 3 des uns vorliegenden Gesetzentwurfes über den Haushaltsplan 1952 des Landes Sachsen hat sich die Landesregierung die Entscheidungsbefugnis nur für die Mehreinnahmen und Einsparungen des Landeshaushaltes vorbehalten.

Wir können auch von der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union aus nur unterstreichen, daß die Durchführung unserer Wirtschafts- und Haushaltspläne das gesunde Fundament für den Aufbau einer stabilen demokratischen Wirtschaft ist und eine fortlaufende Steigerung der Lebenshaltung unserer gesamten Bevölkerung gewährleistet.

Wir sehen auch in der Verwirklichung unserer Wirtschaftspläne gegenüber der Verlustwirtschaft in der Bonner Bundesrepublik eine Grundlage für die Herbeiführung der deutschen Einheit und die Sicherung des Friedens.

Unsere demokratische Wirtschaft baut auf den für Deutschland unabänderlich gegebenen Grundlagen einer deutschen Friedenswirtschaft auf.

Somit gibt die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union ihre Zustimmung zu der Entlastung der Landesregierung Sachsen für den Haushaltsplan 1951 und gleichzeitig ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf über den Haushaltsplan 1952.

Präsident Otto Buchwitz:

Nunmehr spricht für die Fraktion der LDP Abgeordneter Marschall. Ihm folgt der Abgeordnete Werner.